

Städtebaulicher Rahmenvertrag „Windpark Meyenburg“

zwischen der

1. **Stadt Meyenburg**, vertreten durch das Amt Meyenburg, dieses vertreten durch den
Amtsdirektor Matthias Habermann, Freyensteiner Straße 42, 16945 Meyenburg,

- nachstehend "Stadt" genannt -

und

2. der **KWE Windpark Meyenburg Eins GmbH & Co. KG**
Am Waldrand 10a, 18209 Bad Doberan,
3. der **KWE Windpark Meyenburg Zwei GmbH & Co. KG**
Am Waldrand 10a, 18209 Bad Doberan,
4. der **KWE Windpark Meyenburg Vier GmbH & Co. KG**
Am Waldrand 10a, 18209 Bad Doberan,

die Gesellschaften zu 2. bis 4. jeweils vertreten durch die **KWE Verwaltung GmbH**, Am
Waldrand 10 a, 18209 Bad Doberan, diese wiederum vertreten durch die jeweils
einzelnvertretungsberechtigten und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreiten
Geschäftsführer, Herrn Guido Hedemann und Herrn Mario Bürger, sowie

5. der **Energiepark Bergsoll-Frehne G WEEK GmbH & Co. KG**, vertreten durch die
Energiekontor Aufwind GmbH, Stresemannstraße 46, 27570 Bremerhaven, diese
wiederum vertreten durch die jeweils einzelnvertretungsberechtigten und von den
Beschränkungen des § 181 BGB befreiten Geschäftsführer, Herrn Stefan Rimbeck und
Herrn Hermann Kosse

- die Gesellschaften zu 2. bis 5. nachstehend "Vorhabenträger" genannt -.

Präambel

1. Die Vorhabenträger beabsichtigen, auf dem Gebiet der Stadt Meyenburg Windenergieanlagen (WEA) zu errichten. Hierzu wurde jeweils eigenständig die Erteilung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungen bei dem zuständigen brandenburgischen Landesamt für Umwelt (LfU) beantragt bzw. werden entsprechende Genehmigungen noch beantragt werden. Die Genehmigungsverfahren befinden sich in unterschiedlichen Stadien.
2. Um die Errichtung von WEA im bauplanungsrechtlichen Außenbereich zu steuern, hatte die Stadt ihrem Flächennutzungsplan schon im Jahr 2000 die Rechtswirkungen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zukommen lassen wollen. Die Standorte der von den Vorhabenträgern beantragten WEA liegen außerhalb der im Flächennutzungsplan dargestellten Konzentrationsflächen.
3. Im Zuge der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren hat sich herausgestellt, dass die beabsichtigte Ausschlusswirkung für den bauplanungsrechtlichen Außenbereich der Stadt außerhalb der Konzentrationsflächen dem Flächennutzungsplan nicht zukommt. Unter anderem fehlte es dem Flächennutzungsplan an einem schlüssigen gesamträumlichen Planungskonzept.
4. Die Vorhabenträger sind an die Stadt herangetreten, gemeinsam ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu entwickeln. Dieses soll seinen Ausdruck nicht nur in einer neuen sachlichen Teilflächennutzungsplanung zur Steuerung der Windenergie im bauplanungsrechtlichen Außenbereich der Stadt finden. Um größtmögliche Planungs- und Rechtssicherheit zu erhalten, haben die Vorhabenträger darüber hinaus bei der Stadt die Aufstellung eines Bebauungsplans für den „Windpark Meyenburg“ (Windpark) angeregt. Beides deckt sich mit den städtebaulichen Absichten der Stadt.

Zur weiteren Ausgestaltung dieses Vorhabens schließen die Parteien den folgenden städtebaulichen Rahmenvertrag:

§ 1 Vertragszweck

- (1) Zweck dieses Rahmenvertrages ist es, das notwendige Zusammenwirken der Parteien im Zuge der Entwicklung des Windparks auf vertraglicher Grundlage und in miteinander abgestimmter konzeptioneller Vorgehensweise zu praktizieren. Diesem Anliegen dient die Gestaltung eines in sich geschlossenen Vertragswerkes, welches – soweit erforderlich – in seinen Kernpunkten im Wesentlichen wie folgt strukturiert sein soll:
- a) Städtebaulicher Rahmenvertrag,
 - b) Vertrag über die Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen,
 - c) Vertrag über die Durchführung naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Ausgleichsmaßnahmen sowie Grünordnungsmaßnahmen,
 - d) Vertrag über die Nutzung städtischer Grundstücke für Leitungen und Wege sowie Abstands- und Rotorflächen,
 - e) Vertrag über erschließungs- und ausbauvertragliche Zusatzvereinbarungen,

Die Parteien vereinbaren, das Vertragswerk einvernehmlich zu ergänzen, zu erweitern oder zu ändern, soweit dies zur Entwicklung und Umsetzung des Windparks erforderlich werden sollte.

- (2) Oberstes Ziel ist dabei die Gewährleistung der gebotenen Rechtssicherheit für alle Parteien auch und gerade mit Blick auf die strikte Beachtung aller Erfordernisse, die sich aus den einschlägigen rechtlichen Vorschriften und der Rechtsprechung ergeben. Dies betrifft insbesondere die Anforderungen an städtebauliche Verträge sowie finanzieller oder geldwerter Zuwendungen an Kommunen durch Betreiber von WEA.
- (3) Von diesen Zielstellungen ausgehend, vereinbaren die Parteien die nachfolgend in den §§ 2 bis 9 aufgeführten grundsätzlichen Regelungen und Verfahrensweisen, die für alle in der Folge abzuschließenden Verträge gelten sollen, soweit dort nichts Abweichendes vereinbart wird.

§ 2 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Rahmenvertrages und, soweit nicht Abweichendes vereinbart wird, der in der Folge abzuschließenden Verträge ist das nachstehend beschriebene Vorhaben, das sich wie folgt zusammensetzt:

- (1) Die Vorhabenträger beabsichtigen, auf dem Gebiet der Stadt WEA zu errichten. Die KWE Windpark Meyenburg Eins GmbH & Co. KG, die KWE Windpark Meyenburg Zwei GmbH & Co. KG sowie die KWE Windpark Meyenburg Vier GmbH & Co. KG sind derzeit mit der Firma KWE New Energy GmbH, Am Waldrand 10a, 18209 Bad Doberan, gemäß § 15 ff. AktG verbundene Unternehmen und werden nachfolgend zusammen als „**KWE-Betreibergesellschaften**“ bezeichnet. Die KWE New Energy GmbH hat am 29.04.2019 immissionsschutzrechtliche Genehmigungsanträge für insgesamt 7 WEA beim LfU eingereicht und wird voraussichtlich im Sommer 2022 einen weiteren Genehmigungsantrag für eine weitere WEA einreichen. Gegenstand der laufenden Anträge sind WEA vom Typ Vestas V 162 5,6 MW mit einer Nabenhöhe von 166m + 3,0m Fundamenterhöhung. Eine der zu erwartenden Genehmigungen wird durch die KWE New Energy GmbH nach Genehmigungserhalt auf die Energiepark Bergsoll-Frehne G WEEK GmbH & Co. KG übertragen und soll dort im Zuge der Neugenehmigung zurückgezogen werden. Die übrigen zu erwartenden Genehmigungen (einschließlich der noch im Sommer 2022 zu beantragenden) werden durch die KWE New Energy GmbH nach Genehmigungserhalt auf die KWE-Betreibergesellschaften wie folgt übertragen

KWE Windpark Meyenburg Eins GmbH & Co. KG: WEA 01, WEA 03, WEA 07;

KWE Windpark Meyenburg Zwei GmbH & Co. KG: WEA 04, WEA 05, WEA 06;

KWE Windpark Meyenburg Vier GmbH & Co. KG: WEA 12 (Genehmigungsantrag voraussichtlich Sommer 2022)

Die Energiepark Bergsoll-Frehne G WEEK GmbH & Co. KG beabsichtigt bis Ende Juli 2022 ebenfalls einen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsantrag beim LfU einzureichen. Gegenstand dieses Antrags sind zwei WEA vom Typ GE 6.0-164 mit einer Nabenhöhe von 167 m. Die Lage aller insoweit von den Vorhabenträgern geplanten WEA ergibt sich aus dem als **Anlage 1** beigefügten Lageplan.

- (2) Die Stadt nimmt die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren für vorgenannte WEA zum Anlass, einen sachlichen Teilflächennutzungsplan für das gesamte Stadtgebiet aufzustellen und darin Konzentrationsflächen für WEA darzustellen, denen die Rechtswirkungen nach § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB für den Übrigen bauplanungsrechtlichen Außenbereich im Stadtgebiet zukommen sollen. Soweit es dafür erforderlich werden sollte, auch den bestehenden Flächennutzungsplan der Stadt zu ändern, beabsichtigt die Stadt auch insoweit Änderungen vorzunehmen.

- (3) Die Stadt beabsichtigt ferner, einen Bebauungsplan für die in Absatz 1 benannten WEA aufzustellen. Neben der Festsetzung der konkreten Anlagenstandorte sollen darin auch Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung, insbesondere der Höhe der WEA, getroffen werden.

§ 3 Grundsätzliche Rechte und Pflichten

- (1) Die Vorhabenträger verpflichten sich, mit Zustimmung der Stadt auf eigene Kosten ein Planungsbüro mit der Ausarbeitung der städtebaulichen Planungen für einen sachlichen Teilflächennutzungsplan zur Steuerung der Windenergie mit den Rechtswirkungen von § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB und für einen Bebauungsplan für den Windpark zu beauftragen. Sie verpflichten sich zudem, die Kosten der Vorhabenentwicklung zu tragen, soweit sie ursächlich mit dem sachlichen Teilflächennutzungsplan und dem Windpark zusammenhängen. Dazu zählen insbesondere die Kosten für naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen sowie für die Erschließungsplanung und Ausführungsplanung im Zuge der Erschließungs- und Ausbauarbeiten. Die Kostenübernahme kann auch dadurch erfolgen, dass die entsprechenden Maßnahmen von den Vorhabenträgern auf eigene Kosten durchgeführt werden. Im Innenverhältnis zwischen der Energiepark Bergsoll-Frehne GWEEK GmbH & Co. KG und den KWE-Betreibergesellschaften gilt als vereinbart, dass die Kosten im Verhältnis der zugeteilten WEA Standorte aufgeteilt werden (KWE Eins: 3, KWE Zwei: 3, KWE Vier: 1, GWEEK: 2).
- (2) Die Vertragsparteien behalten sich vor, weitere Vorhabenträger als Vertragspartei zu diesem Vertrag oder den in seiner Folge zu schließenden Verträgen aufzunehmen.
- (3) Die Vorhabenträger haben jedoch keine Kosten zu tragen für Aufwendungen und Sachmittel, die im Rahmen städtischer Aufgabenerfüllung durch die Inanspruchnahme von Mitarbeitern der Stadt oder des Amtes Meyenburg sowie von Ehrenbeamten und ehrenamtlich Tätigen anfallen.
- (4) Die Vorhabenträger beauftragen gemeinschaftlich die Rechtsanwaltskanzlei DOMBERT Rechtsanwälte Part mbB mit der juristischen Begleitung der Windparkentwicklung, einschließlich der sachlichen Teilflächennutzungsplanung. Dazu gehört insbesondere die Ausarbeitung der zwischen den Parteien abzuschließenden Verträge, einschließlich dieses Rahmenvertrags, sowie bei Bedarf die Prüfung der ausgearbeiteten städtebaulichen Planungen. Die Rechtsanwaltskanzlei wird ihren zeitlichen Aufwand zu

einem Stundensatz in Höhe von 250,- EUR zzgl. Umsatzsteuer gegenüber den Vorhabenträgern abrechnen. Im Innenverhältnis zwischen der Energiepark Bergsoll-Frehne G WEEK GmbH & Co. KG und den KWE-Betreibergesellschaften gilt als vereinbart, dass die Energiepark Bergsoll-Frehne G WEEK GmbH & Co. KG 50% der Kosten trägt und die KWE-Betreibergesellschaften zusammen die anderen 50%. Die Rechnungslegung durch die Rechtsanwaltskanzlei DOMBERT Rechtsanwälte Part mbB erfolgt für jeden Vorhabenträger getrennt, wobei die KWE-Betreibergesellschaften den jeweils auf die einzelne KWE-Betreibergesellschaft entfallenden Kostenanteil rechtzeitig mitteilen werden. Im Verhältnis zur Rechtsanwaltskanzlei DOMBERT Rechtsanwälte Part mbB haften alle Vorhabenträger als Gesamtschuldner.

- (5) Der Stadt obliegt die hoheitliche Durchführung der Bauleitplanverfahren. Dabei ist allen Parteien bewusst, dass ein Anspruch auf Bauleitplanung nicht besteht und auch durch Vertrag nicht begründet werden kann (vgl. § 1 Abs. 3 S. 2 BauGB). Die Planungshoheit der Stadt wird daher weder durch diesen Rahmenvertrag noch durch andere zwischen den Parteien in der Folge abzuschließende Verträge eingeschränkt. Den Vorhabenträgern ist insbesondere klar, dass sowohl sachlicher Teilflächennutzungsplan als auch Bebauungsplan nur das Ergebnis ordnungsgemäßer Abwägung sein können und kein Anspruch darauf besteht, dass die in **Anlage 1** benannten WEA auch von den Konzentrationszonen des sachlichen Teilflächennutzungsplans erfasst werden. Gleiches gilt für die Festsetzung der konkreten Standorte und Anlagenhöhen im Bebauungsplan.

§ 4 Erschließungs- und Ausgleichsmaßnahmen

- (1) Ergibt sich, dass bestimmte Erschließungsanlagen neu herzustellen oder vor allem Wege auszubauen sind, übernehmen die Vorhabenträger auf eigene Kosten und auf Grundlage eines noch abzuschließenden Vertrages die Herstellung oder den Ausbau der für WEA nach Art und Ausbauzustand erforderlichen Erschließungsanlagen (Zuwegung zu den WEA, Kranstellflächen, Elektro/Daten-Erdkabel u.ä.m.). Soweit solche Erschließungsmaßnahmen auf privaten Flächen der Stadt erfolgen, übernehmen die Vorhabenträger die entsprechenden Unterhaltungspflichten und Verkehrssicherungspflichten. Eine separate Erschließungsplanung wird seitens der Vorhabenträger erarbeitet und der Stadt zur Abstimmung vorgelegt.

- (2) Die Stadt stellt den Vorhabenträgern auf noch zu vereinbarender vertraglicher Grundlage beschränkte persönliche Dienstbarkeiten sowie Wege- und Kabelverlegungsrechte zur Realisierung des Vorhabens in Aussicht. Den Parteien ist bekannt, dass die Vorhabenträger ihre Wege- und/oder Kabelanlagen ggf. durch eine oder mehrere Infrastrukturgesellschaften betreiben werden. Die Vorhabenträger können daher die Einräumung der in Satz 1 genannten Rechte einschließlich entsprechender Vertragsabschlüsse nicht nur für sich selbst, sondern auch zu Gunsten einer Infrastrukturgesellschaft fordern. Die Wege- und Nutzungsrechte gelten solange, wie in der jeweiligen vertraglichen Grundlage vereinbart. Die Vorhabenträger (sowie auf Wunsch der Vorhabenträger auch die Infrastrukturgesellschaft(en)) erhalten im Rahmen der rechtlichen und tatsächlichen Gegebenheiten die Möglichkeit, städtische Wege sowie benötigte städtische Flurstücke zum Zwecke des Aufbaues des windparkinternen und externen Kabelnetzes mit Kabeln zu durchqueren, soweit dies im Einzelfalle erforderlich sein sollte. Dieses Kabelverlegungsrecht gilt ebenfalls solange, wie in der jeweiligen vertraglichen Grundlage vereinbart. Mit Abbau der letzten WEA, welcher das betreffende Kabel dient, muss das jeweilige Kabel von den Vorhabenträgern vollständig aus städtischen Grundstücken entfernt werden, wenn die Stadt dies aus sachlichen Gründen verlangt. Zur Entfernung ist derjenige Vorhabenträger verpflichtet, dessen WEA durch das betreffende Kabel erschlossen wird. Werden mehrere WEA durch das betreffende Kabel erschlossen, sind die Vorhabenträger, deren WEA das Kabel nutzen, als Gesamtschuldner zur Entfernung verpflichtet, sobald die letzte WEA, welche das Kabel nutzt, zurückgebaut wurde. Kabel und Leitungen sind einzumessen. Der Vermessungsplan ist der Stadt auszuhändigen.
- (3) Die vorgenannten Rechte sind dauerhaft auf Kosten der Vorhabenträger als beschränkte persönliche Dienstbarkeiten oder Grunddienstbarkeiten zu sichern. Einzelheiten hierzu bleiben den Regelungen von gesondert abzuschließenden spezifischen Nutzungsverträgen, Gestattungsverträgen und Dienstbarkeitsgewährungen vorbehalten.
- (4) Soweit im Zuge der Vorhabenentwicklung Grünordnungs- sowie naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen erforderlich werden, sichern die Vorhabenträger bereits jetzt Kostenübernahme zu. In den zwischen den Vertragsparteien in der Folge noch abzuschließenden Vereinbarungen kann auch die Durchführung der Maßnahmen auf eigene Kosten durch die Vorhabenträger vereinbart werden.

§ 5 Haftung

- (1) Die Vorhabenträger haften pro errichteter WEA unmittelbar für alle Schäden, die der Stadt oder Dritten in Zusammenhang mit der Errichtung, der Inbetriebnahme und der Nutzung von WEA entstehen oder für die die Stadt von Dritten in Anspruch genommen wird und zwar in Höhe von 5 Mio. € pauschal für Sach- und Personenschäden je Schadensereignis. Die Haftung trägt jeder Vorhabenträger nur für die von ihm errichteten WEA; eine Gesamtschuldnerschaft wird insoweit nicht begründet. Diese Haftung wird – auf Anforderung der Stadt – durch die Vorhabenträger bei Baubeginn der WEA durch entsprechende Haftpflichtversicherungen nachgewiesen. Die entsprechenden weiteren Haftungsregelungen in den zivilrechtlichen Verträgen mit privaten Grundstückseigentümern bleiben davon unberührt.
- (2) Im Fall ausbleibender Bauleitplanung sind Schadensersatzansprüche der Vorhabenträger ausgeschlossen. Die Vorhabenträger können von der Stadt jedoch für den Fall, dass die Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans zur Steuerung der Windenergie aus Gründen fehlschlägt, die in der Sphäre der Stadt liegen, einen finanziellen Ausgleich für nutzlos erbrachte Aufwendungen verlangen, die ihnen im Zusammenhang mit der Durchführung dieses oder der in seiner Folge abzuschließenden Verträge entstanden sind.

§ 6 Rückbau

- (1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass diejenigen WEA, die endgültig außer Betrieb genommen werden, binnen einer Frist von einem Jahr abgebaut und die Fundamente mindestens bis auf 2 m unterhalb der ursprünglichen Geländefläche entfernt werden. Der entstehende Hohlraum ist so auszufüllen, dass die landwirtschaftliche Nutzbarkeit oder eine anderweitige ähnliche Nutzung des Grundstückes wieder gewährleistet ist. Dabei hat jeder Vorhabenträger nur für den Abbau seiner jeweiligen WEA Sorge zu tragen.

Zur Absicherung dieses Rückbaus werden die Vorhabenträger der Stadt Sicherheit durch Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft einer der deutschen Bankaufsicht oder der Bankaufsicht der europäischen Union unterliegenden Bank oder Kreditversicherung in Höhe der zu erwartenden Rückbaukosten ohne Einrede der Vorklage leisten. Eine Bürgschaft ist nicht zu leisten, wenn die Vorhabenträger

nachweisen, dass der Rückbau öffentlich-rechtlich gegenüber einer anderen Behörde gesichert ist.

- (2) Eine WEA gilt endgültig außer Betrieb genommen, wenn sie mindestens 12 Monate keinen erzeugten Strom in das Netz des örtlichen Stromversorgungsunternehmens eingespeist hat. Ausgenommen hiervon sind Stillstandszeiten infolge von Wartungsarbeiten oder Havarien. Der Nachweis ist auf Verlangen der Stadt vom Betreiber oder von dem zuständigen Netzbetreiber zur Einsicht vorzulegen.
- (3) Die Verpflichtung nach Absatz 1 gilt gegenüber der Stadt nur, wenn die WEA in den Konzentrationsflächen des sachlichen Teilflächennutzungsplanes oder den Festsetzungen des Bebauungsplanes entsprechend genehmigt und errichtet werden. Die Rückbaubürgschaft ist der Stadt mit Beginn der Bautätigkeiten nachzuweisen.

§ 7 Übertragbarkeit

- (1) Dieser Vertrag hat auch für eventuelle Rechte- und Funktionsnachfolger der Parteien Gültigkeit. Die Parteien verpflichten sich, die in diesem Vertrag vereinbarten Pflichten und Bindungen ihrem jeweiligen Rechte- und Funktionsnachfolger vollständig weiterzureichen und diesen entsprechend zu verpflichten.
- (2) Jeder Vorhabenträger haftet der Stadt für die Erfüllung der ihn betreffenden Verpflichtungen aus diesem Vertrag auch für ihre jeweiligen Rechtenachfolger, soweit die Stadt sie nicht ausdrücklich aus der Haftung entlässt. Im Übrigen bedarf der Eintritt eines Rechtenachfolgers der Vorhabenträger in entsprechende Verträge und vertragliche Vereinbarungen mit der Stadt deren Zustimmung (Trägerwechsel analog zu § 12 Abs. 5 BauGB). Die Stadt kann ihre Zustimmung zum Trägerwechsel oder Eintritt eines Dritten verweigern, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Erfüllung der Verpflichtungen dieses und der in seiner Folge abzuschließenden Verträge gefährdet wird. Jeder Vorhabenträger hat der Stadt die beabsichtigte Übertragung an Dritte unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 8 Kündigung

- (1) Die Parteien können diesen Vertrag nur aus wichtigem Grunde kündigen. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Ein wichtiger Grund liegt u.a. vor, wenn
- in diesem Vertrag oder den in seiner Folge geschlossenen Verträgen niedergelegten Verpflichtungen durch eine Partei nachhaltig verletzt werden;
 - die Vorhabenträger nicht innerhalb von 3 Jahren nach erfolgter Genehmigung im Rahmen des Verfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz mit der Errichtung der WEA begonnen haben (hiervon ausgenommen sind von den Vorhabenträgern nicht verschuldete Verzögerungen);
 - hinreichend deutlich erkennbar wird, dass erforderliche Genehmigungen zu Bauleitplanungen insgesamt von zuständigen Fach- und Aufsichtsbehörden endgültig nicht erfolgen werden.

Im Falle einer Kündigung nach vorstehendem lit. b hat die Stadt das Recht, das begonnene Verfahren zur Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplanes zu Ende zu führen und die Kosten dafür von den Vorhabenträgern ersetzt zu verlangen. Die Vorhabenträger verpflichten sich, bei der Beauftragung des Planungsbüros gemäß § 3 Abs. 1 ein Eintrittsrecht der Stadt in den Werkvertrag über die Planung für den Fall der Kündigung des hier vorliegenden Vertrages gemäß vorstehendem lit. b vorzusehen.

Kündigt eine Partei den Vertrag, bleibt er für die anderen Parteien verbindlich.

- (2) Eine einvernehmliche Aufhebung des Vertrages bleibt von Absatz 1 unberührt.

§ 9 Ergänzende Bestimmungen, Salvatorische Klausel

- (1) Soweit die Muttergesellschaften der Vorhabenträger oder gesellschaftsrechtlich mit ihnen verbundene Unternehmen mit anderen vom Amt Meyenburg vertretenen Gemeinden Verträge mit gleicher Zielsetzung, beispielsweise Nutzungsverträge für Grundstücke oder Erschließungsverträge, geschlossen haben sollten, vereinbaren die Vertragsparteien in den in Folge dieses Rahmenvertrags zu schließenden Verträgen dieselben Vertragskonditionen vorzusehen wie in den Verträgen mit den anderen Gemeinden.

- (2) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für Änderungen dieses Schriftformerfordernisses.
- (3) Sollten einzelne Vereinbarungen und Verpflichtungen in diesem Vertrag nicht zulässig oder nicht durchführbar sein, so bleibt der Bestand des Vertrages im Übrigen davon unberührt. Die Vertragsparteien verpflichten sich in einem solchen Fall die unzulässigen oder undurchführbaren Vertragsbestimmungen durch solche Vertragsbestimmungen zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Sinn der fehlerhaften Vertragsbestimmungen entsprechen und rechtlich zulässig sind. Das gilt sinngemäß auch für eine Regelungslücke.
- (4) Die Vorhabenträger haften für die Verpflichtungen aus diesem Vertrag gegenüber der Stadt als Gesamtschuldner, soweit eine Gesamtschuldnerschaft hierin nicht ausdrücklich oder sinngemäß ausgeschlossen ist. Im Verhältnis zueinander sind die Vorhabenträger anteilmäßig nach Anzahl ihrer jeweiligen WEA verpflichtet, so wie sie dies in ihrem Kooperationsvertrag vom 27.10./28.10./04.11.2020 vereinbart haben.
- (5) Dieser Vertrag wird fünffach ausgefertigt. Jede Partei erhält eine Ausfertigung. Anlagen zu diesem oder den in seiner Folge abzuschließenden Verträgen sind wesentliche Bestandteile der Vertragsverhältnisse zwischen den Parteien.
- (6) Dieser Vertrag wird – vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung – mit Unterzeichnung wirksam.

Unterschriften der Parteien

Für die Stadt:

Ort, Datum und Unterschrift

Zustimmung zum Vertragsschluss durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Meyenburg vom _____ (Beschluss-Nr.: _____)

Für die Gesellschaften zu 2. bis 4.:

Ort, Datum und Unterschrift

Ort, Datum und Unterschrift

Für die Gesellschaft zu 5.:

Ort, Datum und Unterschrift

Ort, Datum und Unterschrift